

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin: Montag, 26.02.2018
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:41 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Winter, Maria

SPD-Fraktion

Haase, Hans-Dieter
Hemken, Harald

GfE-Fraktion

Eichhorn, Jochen
Mettin, Rainer

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut
Hegewald, Reinhard

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd

FDP-Fraktion

Bolinus, Erich
Hoofdmann, Erwin

Verwaltungsvorstand

Docter, Andreas

Stadtbourat

von der Verwaltung

Willms, Artur

Protokollführung

Lenzion, Daje

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Winter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 4 Gründung des Zweckverbandes "Industrie- und Gewerbepark Westerhuser Neuland"
Vorlage: 17/0620

Herr Docter erläutert anhand der Vorlage 17/0620 sowie der Anlage die Gründung des Zweckverbandes "Industrie- und Gewerbepark Westerhuser Neuland".

Frau Winter bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bolinius merkt an, die Fraktionsvorsitzenden der Gemeinden Krummhörn, Hinte und Emden hätten sich bereits im Rummel ausgetauscht und viele Fragen klären können. Anschließend sei die Ausarbeitung in den Fraktionen besprochen worden. Die FDP-Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Die Fläche sei für die Ansiedlung ideal und äußerst verkehrsgünstig, da diese an der Autobahn liege. Herr Eertmoed habe bereits geäußert, dass einige Firmen Interesse geäußert hätten. Durch dieses Gebiet werde eine Zersiedelung der Landschaft vermieden. Die steuerlichen Aspekte seien im Rummel thematisiert worden. Herr Jahnke werde in der VA-Sitzung diesbezüglich weitere Ausführungen geben. Ebenso seien die Erschließungskosten sehr gering, da die Versorgungsleitungen unmittelbar an der Grenze liegen.

Herr Haase schließt sich den Äußerungen von Herrn Bolinius an. Seit Ende 2015 gebe es diese Überlegung zwischen den drei Gebietskörperschaften. Die Gemeinden würden gemeinsam finanzieren, aber auch gemeinsam profitieren. Einzelheiten zu der Verteilung der Steuern können selbstverständlich noch geregelt werden. Zum ersten Mal in Ostfriesland gebe es etwas Gemeinsames zwischen mehreren Gebietskörperschaften. Seines Erachtens könne dies durchaus Vorbildcharakter für andere Regionen entwickeln. Bei diesem gemeinsamen Projekt profitiert jede Gemeinde gleichermaßen. Ebenso würden die Ressourcen wie beispielsweise die

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Natur geschont. Es werde keine Konkurrenz zum Industriepark Frisia geschaffen. Infrastrukturell sei die Lage hervorragend. Ebenso würden Arbeitsplätze gesichert und erhalten. Einige nicht relevante Einzelheiten müssten noch geklärt werden. Die SPD-Fraktion werde ebenfalls zustimmen.

Herr Eichhorn schließt sich seinen Vorrednern an. Die GfE-Fraktion begrüße dieses Vorhaben ebenfalls. Er möchte wissen, ob das Gebiet bereits prophylaktisch in Richtung Westen vergrößert werden könnte, damit dort nicht bereits andere Bauvorhaben genehmigt werden. Als Beispiel nennt er die Windkraft. Es sei eine sehr große Chance für die Region. Weiterhin fragt er, welche Gemeinde für die Erteilung der Baugenehmigungen zuständig sei.

Herr Bongartz begrüßt die Einigkeit in dieser Angelegenheit. Gewerbegebiete seien in jedem Ort knapp. Dennoch müsse den Gewerbetreibenden Flächen zur Ansiedlung angeboten werden. Es sollten nicht erst Gebiete geschaffen werden, wenn die Firmen und Betriebe bereits gegründet sind. Am Rysumer Nacken sei derzeit eine Erschließung nicht möglich. Alle Fraktionsvorsitzenden aus den drei Gebietskörperschaften hätten im Rummel das Projekt begrüßt. Die Gründung sei hervorragend vorbereitet worden. Die steuerlichen Fragen würden in einer vertraulichen Sitzung beantwortet. Gewerbegebiete sichern und schaffen Arbeitsplätze. Aus diesen Gründen sollte das Gewerbegebiet zügig erschlossen werden. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr Renken bestätigt, interkommunale Gewerbegebiete seien sinnvoll, wenn entsprechende Flächen zur Verfügung stehen. Interkommunale Gewerbegebiete gebe es bundesweit. Insbesondere in Nordrhein-Westfalen. Die gemeinsamen Planungen seien zum Wohle aller drei Gebietskörperschaften. 90 % des Verbandsgebietes gehöre der Gemeinde Hinte. Die Lage sei natürlich von Vorteil. Seines Erachtens habe Emden keine Knappheit an Gewerbegebieten. Als Beispiel nennt er den Frisia-Park, der noch zu über 50 % der Gesamtkapazität an Flächen bereithalte. Die Aufgabe, dass diese freien Flächen von Gewerbe genutzt werden, dürfe nicht vernachlässigt werden. Wichtig sei, dass die Gemeinden in dieser Region auf gemeinsamer Ebene im Wettbewerb stehen. Durch dieses Gebiet werde eine gute Basis geschaffen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde der Realisierung ebenfalls zustimmen. In der Vorlage sei unter den finanziellen Auswirkungen ausgeführt, dass Planungs- und weitere Kosten in noch nicht bekannter Höhe entstehen werden. Er sei überrascht, da die Verwaltung ansonsten sehr präzise die Planungs- und Erschließungskosten solcher Gebiete darlege. Diesbezüglich bestehe noch Bedarf an Informationen. Normalerweise sei es eine Verpflichtung der Verwaltung zumindest eine vorläufige Schätzung zu leisten. Im § 2 e) des öffentlich-rechtlichen Vertrages sei weiterhin ausgeführt, dass der Erhalt von nennenswerten Zuschüssen für die Erschließung Voraussetzung für die Schaffung des interkommunalen Industrie- und Gewerbegebietes sei. Nennenswert seien seines Erachtens Fördermittel von zumindest 50 %. Er fragt, ob überhaupt Fördermöglichkeiten vorhanden seien und bis zu welchem Zeitraum eine Umsetzung erfolgen müsse. Er bittet zu dieser Thematik um nähere Auskünfte. Zu den steuerlichen Aspekten hätten sich die anderen Fraktionen bereits geäußert. Mit dem Landkreis Aurich müsse eine vertragliche Regelung bezüglich des Ausgleichs zwischen den Gemeinden und der Stadt Emden getroffen werden, um den Nettoertrag zu gleichen Teilen zu verteilen. Die Gemeinde müsse an den Landkreis eine Umlage zahlen.

Herr Hegewald bemerkt, nach seiner Kenntnis gebe es im Bereich Wilhelmshaven bereits ein interkommunales Gewerbegebiet. Vor vielen Jahren sei über die Entwicklung eines gemeinsamen Gebietes mit Ihlow diskutiert worden. Dies sei jedoch verworfen worden. Die Fläche werde vermutlich als Gewerbegebiet ausgewiesen. Es sollte ausgeschlossen werden, dass dort großflächiger Einzelhandel entsteht. Die Begriffsbezeichnung „Westerhuser Neuland“ sei ein Arbeitstitel. Dennoch bittet er darum, dass die Verbandsversammlung für dieses Gebiet schnellstmöglich einen werbewirksamen Begriff auswählt.

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Docter gibt an, heutzutage seien für Gewerbegebiets- und Industriegebietsflächen Zuschüsse nur noch über interkommunale Angelegenheiten möglich. Die Gemeinde Krummhörn und die Gemeinde Hinte hätten kaum Gewerbegebietsflächen, sodass dort großer Bedarf bestehe. Die Lage direkt an der Autobahnauffahrt sei ideal. Die Stadt Emden profitiere davon, wenn die Einwohner aus den anderen Gebieten beispielsweise Handel und Dienstleistungen in Emden nutzen. Insofern sei es wichtig, miteinander zu arbeiten und sich gegenseitig zu stärken. Herr Eertmoed dränge dringend auf den Abschluss des Vertrages, damit er Aufträge an Dritte vergeben könne, um die Erschließungskosten und den Aufwand zu ermitteln. Dies sei zurzeit nicht möglich, da die anderen beiden Partner dafür personell nicht aufgestellt seien. Die Gründung des Verbandes sei wichtig, um Planungsleistungen durchführen zu können. Beim Verbandsgebiet verlaufe im Norden eine schräge Linie. Diese folge einer Gasleitung. Das natürliche Erweiterungsgebiet gehe nach Norden. Westlich der Straße seien naturschutzfachlich hochwertige Flächen und teilweise festgelegte Kompensationsflächen. Die Stadt Emden habe dort ebenfalls vor Jahren Kompensationsflächen in der Nachbarschaft festgelegt. Die Untersuchungen hätten ergeben, dass eine Erweiterung nach Norden sinnvoller wäre. Im Westen könnten keine Windkraftanlagen oder andere Bauwerke entstehen, da in dem Bereich von Westen herkommend alles naturschutzfachlich belegt sei. Für die 10 % sei die Stadt Emden sowohl planungsrechtlich als auch bauordnungsrechtlich die Genehmigungsbehörde. Für die anderen 90 % sei die Gemeinde Hinte planungsrechtlich und bauordnungsrechtlich der Landkreis Aurich zuständig. Er weist darauf hin, dass Einzelhandelsflächen als Sondergebiet ausgewiesen werden müssen. In dem Gebiet sollen seiner Ansicht nach keine Einzelhandelsflächen entstehen. Der Begriff „Westerhuser Neuland“ sei tatsächlich der Flurname. Es könne mit Sicherheit ein anderer Arbeitsbegriff gefunden werden. Dies sei Aufgabe der Geschäftsleitung.

Herr Eichhorn fragt, ob es eine eindeutige Regelung gebe, wer für die Baugenehmigung zuständig sei, wenn ein Bauvorhaben über die Verbandsgrenzen hinweg errichtet werde.

Herr Docter stellt klar, dass die hauptsächlich bebaubaren Flächen in Hinte liegen. Aufgrund der Gebietsgrenzen sei die Problematik bisher nicht erkennbar. Dies könne im Planungsausschuss anhand entsprechender Karten detaillierter verdeutlicht werden. Es würden tatsächlich keine Grundstücke zerteilt. Das Gebiet der Stadt Emden liege eher südlich und das Gebiet der Gemeinde Hinte eher nördlich der Straße. Ansonsten würden selbstverständlich bei solchen Problematiken Lösungen gefunden.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beauftragt den Oberbürgermeister der Stadt Emden, den der Vorlage 17/0620 beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Gründung des Zweckverbandes „Industrie- und Gewerbepark Westerhuser Neuland“ abzuschließen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 6 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.